



GÖTTINGER BLÄTTER

05.2015

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages:

▶ TTIP und CETA geht die Kommunen nichts an

Der deutsche Städtetag, der Landkreis- tag, etliche Kreistage und Gemeinden haben sich kritisch mit den möglichen Auswirkungen von TTIP und CETA auf die Kommunen befasst. So hat sich auch der Göttinger Rat auf Antrag der Göttinger Linken am 14.03.2014 mit Fragen der Auswirkungen von TTIP auf die Stadt befasst. Und in einem gemeinsamen Antrag von SPD, B90/Die Grünen, GöLinke und Piraten zum „Schutz der kommunalen Selbstverwaltung vor den Handelsabkommen TTIP, CETA, TISA“ am 17.10.2014 wurde eine Resolution verabschiedet, die die Wahrung der öffentlichen Gestaltungshoheit der Daseinsvorsorge hervorhebt. In beiden Ratsanträgen wurden Fragen und Bedenken insbesondere für die Bereiche der Auftragsvergabe, der kommunalen Energiepolitik und dem Umweltschutz, für Tarife und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten und insgesamt die notwendigen Standards der öffentlichen Daseinsvorsorge thematisiert und problematisiert.

Und nun kommt der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages mit einem Gutachten, das aussagt, dass sich Gemeinderäte und Kreistage nicht mit den internationalen Freihandelsabkommen TTIP und CETA befassen und keine Beschlüsse fassen dürfen.

Die Argumentation erinnert stark an die Auseinandersetzung über das Recht von Kommunen, sich zu atomwaffenfreien Zonen erklären zu dürfen. Seinerzeit hatte dann das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) geurteilt, dass alle Angelegenheiten, die „diejenigen Bedürfnisse und Interessen, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder auf sie einen spezifischen Bezug haben, die also den Gemeindeeinwohnern als solchen gemeinsam sind, indem sie das Zusammenleben und -wohnen der Menschen in der Gemeinde treffen“

auch zum Gegenstand von Beratungen und Beschlüssen kommunaler Gremien werden dürfen.

Wo denn anders und in besonderem Maße als für den gesamten Bereich der Daseinsvorsorge dürfte ein Bezug zur örtlichen Gemeinschaft bestehen? Auf Trinkwasser, Energieversorgung, Abfallwirtschaft und ÖPNV etc. werden sich TTIP und CETA nach allen durchgesickerten Informationen erkennbar auswirken. Absolut nicht überzeugen kann das Argument im Gutachten, die Befassung und Mitwirkung der Kommunen sei schon deshalb nicht zulässig, weil die Freihandelsabkommen das gesamte Bundesgebiet betreffen würden. Das galt auch für die Stationierung von Atomwaffen und dennoch hat das BVerfG die Beschlüsse einzelner Kommunen (so auch in Göttingen) legitimiert. Die Kommunen sollten sich durch dieses fragwürdige Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes nicht verunsichern lassen und weiterhin ihre Kritik formulieren und den gemeinsamen Widerstand in den Gremien wie dem Städte- und Gemeindebund organisieren. Erstens ist dieser

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Maulkorb	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GöLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
Europabüro LINKE	7
Grobian	8
DIE LINKE.	9
GöLinke Ratsinfo	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Cuba Hilfe für Angola Forts.	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 06.2015
ist der 22. Mai.
Auslieferung am 28. Mai.

Dienst keine rechtliche Instanz, der über Belange der kommunalen Selbstverwaltung entscheiden kann, und zweitens gibt es bei einem wirklichen Konflikt immer noch das BVerfG. Dieses Gutachten zeigt allerdings auch, mit welchen Mitteln und auf welchen Wegen diese Geheimabkommen durchgepaukt werden sollen.

gn

Film:

„Wer Rettet Wen? Die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit.“

Filmvorführung mit anschließender Diskussion am 18. Mai, 20:00 Uhr im Lumière (Geismarlandstr. 19). In Kooperation mit den NaturFreunden Göttingen und der Attac-Gruppe Göttingen.

Seit fünf Jahren werden Banken und Länder gerettet. Politiker schaffen immer neue Rettungsfonds, während mitten in Europa Menschen wieder für Hungerlöhne arbeiten. Sozialleistungen werden abgebaut, öffentliche Güter verkauft. Es

wird gerettet, nur keine Rettung ist in Sicht. Für große Banken ist die Finanzkrise vor allem ein Geschäftsmodell. Und die ständig „verstimmt“ und „enttäuscht“ Finanzmärkte scheinen ein besonderes

(...) weiter auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► „Man möchte glatt fragen, was beschämender ist ...“

Auszug aus der Rede der VVN-BdA Göttingen, gehalten am 11. April 2015 auf dem Moringer Friedhof anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des KZ Moringen:

[...] Letztlich konnten die US-Truppen der 2nd Infanterie Division beinahe kampflos in die Stadt einziehen und so Göttingen befreien. Einen Tag später, am 9. April 1945, befreiten die US-Truppen auch Moringen.

Ich möchte als Vertreter der VVN-BdA die Gelegenheit nutzen, hier am 70. Jahrestag der Befreiung Moringens diesen US-amerikanischen Soldaten aus der Ferne unseren Dank zu sagen. Für sie war es damals vielleicht nur eine kleine, eher unbedeutende Etappe auf dem langen und mühsamen Weg zur Niederwerfung des deutschen Faschismus. Für die verbliebenen Lagerinsassen, für die Zwangsarbeiter, für die aufrechten Antifaschisten war es eine Erlösung aus zwölf Jahren faschistischer Terrorherrschaft. Es sollte aber noch einen weiteren Monat dauern, bis auch die letzten KZ-Insassen, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und politischen Häftlinge befreit waren und das Deutsche Reich, das so viel Leid und Elend über Europa gebracht hatte, am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation unterzeichnen musste.

Es waren die Soldatinnen und Soldaten der Anti-Hitler-Koalition, die das vollbrachten, was dem antifaschistischen Widerstand in Deutschland zwölf Jahre lang nicht gelungen war: Die Zerschlagung des Naziregimes und seiner Fundamente. Diese Soldatinnen und Soldaten haben nicht nur die von Deutschland besetzten Länder befreit, sondern haben ihr Leben dafür eingesetzt, auch das deutsche Volk von der Geißel des Faschismus zu befreien. Ihnen, deren Opfer im Krieg gegen den deutschen Aggressor so zahlreich waren, möchte ich zurufen: Thank you! Spasiba! Merci!

Es sollte noch ganze 40 Jahre dauern, bis ein offizieller Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung bezeichnete. Es war der damalige Bundespräsident Richard

von Weizsäcker, der in seiner Rede am 8. Mai 1985 klarstellte: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Und all denjenigen, die den 8. Mai zum Tag der Niederlage verklärten, hielt er entgegen: „Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“ - Denn der wirkliche Tag der Niederlage und Schande für das deutsche Volk war der 30. Januar 1933, als die Nazis von der deutschen Großindustrie und dem deutschnationalen Reichspräsidenten an die Schalthebel der Macht gesetzt wurden.

Von all diesen klaren Erkenntnissen ist dreißig Jahre später im Deutschland des Jahres 2015 nur noch wenig zu spüren. Der heutige Mann im Bundespräsidenten-



Gedenkstein auf dem Moringer Friedhof mit Blumengebinden der Lagergemeinschaft, der Landesregierung sowie der VVN-BdA, 11. April 2015

amt trommelt öffentlich für mehr deutsche Kriegseinsätze. Die Bundesregierung gibt bekannt, bewaffnete Kampfdrohnen entwickeln und anschaffen zu wollen. Und Entschädigungsforderungen für das blutige deutsche Regime im besetzten Griechenland 1941-1945, u.a. die Massaker von Distomo, Kalavryta, Kefalonia und Chortiatis, werden von offizieller deutscher Seite als „verjährt“, „bereits abgegolten“ oder „obsolet“ hingestellt. - Man möchte glatt fragen, was beschämender ist: das fehlende Geschichtsbewusstsein oder der Mangel an moralischem Anstand? [...]

► Veranstaltungen des 8.-Mai-Bündnisses

Montag 04.05.2015, 19:00 Uhr
Vortrag: Antifaschistische Einheit oder antitotalitäre Spaltung? Über strategische Ausrichtungen im Kampf gegen den Faschismus
mit Jürgen Lloyd
Ort: Holbornsches Haus (Rote Straße 34)
Veranstalter: DKP

Ort: St. Johannis Kirche (Johanniskirchhof 2)
Veranstalter: stille hunde

Freitag 08.05.2015, 18:00 Uhr
Gedenkveranstaltung zum 8. Mai 1945 anlässlich der Befreiung vom deutschen Faschismus
Ort: NS-Zwangsarbeiter-Mahnmal (Ausgang Bahnhof Westseite)
Veranstalter: VVN-BdA

Sonntag 10.05.2015, 19:00 Uhr
Konzert: „Wölfe mitten im Mai“
Liederabend gegen den Rechtsruck in Europa mit Kai Degenhardt
Ort: Bistro Löwenstein (Rote Straße 26)
Veranstalter: VVN-BdA, ver.di, Jüdische Kultusgemeinde, Jüdisches Lehrhaus, Bistro Löwenstein, Rosa Luxemburg Stiftung

Freitag 08.05.2015, 20:00 Uhr
Theaterstück: „Die Besserung“
nach Berichten ehemaliger Häftlinge des Jugendkonzentrationslagers Moringen

Mittwoch 13.05.2015, 20:00 Uhr
Dokumentarfilm: „No Pasaran – Eine Geschichte von Menschen, die gegen den Faschismus gekämpft haben“
mit anschließendem Gespräch mit dem Regisseur Daniel Burkholz
Ort: Kino Lumiere (Geismar Landstr. 19)
Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung, VVN-BdA

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlungen

Dienstag, den 05. Mai und Dienstag, den 2. Juni 2015

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



Erfolg für Kuba:

► US-Präsident Obama kündigt Streichung der Insel von Terrorliste an

Die kubanische Regierung hat am Dienstagabend (14.04.15, Ortszeit) die Entscheidung von US-Präsident Barack Obama begrüßt, nach 33 Jahren die sozialistische Karibikinsel von der Liste der Staaten zu streichen, die den Terrorismus unterstützen. Außenminister John Kerry hatte den seit Tagen erwarteten Schritt am gleichen Tag bekanntgegeben.

Die USA hatten Kuba 1982 unter dem Vorwand auf die Liste gesetzt, dass Havanna Mitglieder der baskischen Untergrundorganisation ETA und der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) unterstützt und einigen von ihnen Asyl gewährt haben soll. Laut Kerry habe eine aktuelle Überprüfung jetzt ergeben, dass die Regierung der Insel »in den vergangenen sechs Monaten« keine Hilfe für internationalen Terrorismus geleistet und zudem versichert habe, Terrorakte auch in Zukunft nicht zu unterstützen. Kuba hätte niemals auf dieser Liste stehen dürfen, erklärte demgegenüber Josefina Vidal Ferreiro, die Generaldirektorin für die Vereinigten Staaten im kubanischen Außenministerium am Dienstag. Sie betonte, dass ihre Regierung immer jede Art und Form terroristischer Aktionen zurückgewiesen und deren Unterstützung, Finanzierung oder Duldung stets verurteilt habe. Dagegen ist »unser Land Opfer Hunderter terroristischer Akte gewesen, die 3.478 Menschen das Leben gekostet und 2.099 kubanische Bürger zu Behinderten gemacht haben«, sagte die Diplomatin in Havanna, die für Kuba die Verhandlungen über eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen führt.

Während dort Obamas Entscheidung – außer von einigen ultrarechten kubanischen »Dissidenten« – einhellig

begrüßt wurde, gab es in den USA unterschiedliche Reaktionen. Antikommunistische Hardliner schäumten dagegen vor ohnmächtiger Wut. Die meisten Kommentatoren bewerteten die Mitteilung des Weißen Hauses allerdings übereinstimmend als Beseitigung einer Hürde für den Normalisierungsprozess. Die einflussreiche Tageszeitung New York Times etwa nannte die Ankündigung einen »weiteren Schritt zur Beendigung des Kalten Krieges«.

Bereits bei der ersten Ankündigung von Verhandlungen durch die Präsidenten beider Staaten am 17. Dezember letzten

Jahres hatte Raúl Castro die Streichung Kubas von der Terrorliste zur Bedingung dafür gemacht, Botschaften zu eröffnen. Nachdem dieses Anliegen von allen lateinamerikanischen und zahlreichen anderen Ländern unterstützt wurde, deutete Obama auf dem Amerikagipfel in Panama-Stadt am vergangenen Wochenende an, dass er »sehr bald« über die Frage entscheiden wolle. Gekippt werden kann der Beschluss nur noch von einer Zweidrittelmehrheit in Abgeordnetenhaus und Senat innerhalb von 45 Tagen, was als wenig wahrscheinlich gilt. Sollte Kuba endgültig von der Liste gestrichen werden, bleiben darauf noch die den USA suspekten Länder Iran, Syrien und der Sudan. Obama hat zudem den Kongress außerdem dazu aufgerufen, das Ende der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba zu beschließen.

JW, Volker Hermsdorf

► Kubas Beitrag zum Befreiungskampf im südlichen Afrika

Vortrag und Filmausschnitte

Dienstag, 22. Mai 2015, 19.00 Uhr
Hotel Berliner Hof (Weender Landstr. 43)

Referent: Wolfgang Mix, Cuba Sí, Hamburg

„Das kubanische Volk hat in den Herzen der Menschen Afrikas einen besonderen Platz. Die kubanischen Internationalisten haben einen Beitrag zu afrikanischer Unabhängigkeit, Freiheit und Gerechtigkeit geleistet, der in seiner Prinzipientreue und Selbstlosigkeit unerreicht ist. Wir in Afrika sind es gewöhnt, Opfer von Ländern zu sein, die unser Territorium aufteilen oder unsere Souveränität un-

tergraben wollen. Es gibt kein zweites Mal in der Geschichte Afrikas, dass ein anderes Volk sich zu unserer Verteidigung erhoben hat. Der Sieg über die Apartheid-Armee war eine Inspiration für die kämpfenden Menschen in Südafrika. Ohne den Sieg von Cuito Cuanavale wären unsere Organisationen nicht legalisiert worden,

(...) weiter auf Seite 12

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

DAX-Rekord & EZB-Geldschwemme

▶ Noch ein Hurra für die Vermögenden – der nächste Knall rückt näher

Der Deutsche Aktienindex in Frankfurt (DAX) schoss diese Woche mehrfach durch die 12000-er Decke. Der große Bruder In New York, der Dow Jones, hat den Rekord von 18.000 Punkten erklommen. Deutsche Aktienberater malen ein DAX-Ziel von 15.000 bis Mitte des Jahres an die Wand. Nach dem Sprung in der ersten beiden Monaten um fast 20% noch mal ein Satz von 25 %. Damit hätten die Besitzer von DAX-Aktien ihr Vermögen schon im ersten Halbjahr 2015 um fast die Hälfte erhöht.

Woran liegt das? Haben sich die volkswirtschaftlichen Fundamentaldaten verändert? Das Wachstum bleibt niedrig. Zwar fällt der Eurokurs, womit die Exportpreise billiger werden, doch wachsen auch die Exportmärkte nicht im alten Tempo. Das einzige, das sich wirklich fundamental verändert hat, ist die von der Europäischen Zentralbank (EZB) gesteuerte Geldmenge. Die EZB ist dabei, einen gewaltigen Ankauf von Vermögenswerten umzusetzen. Bis Ende September 2016 will die EZB monatlich 60 Milliarden Euro für „Vermögenswerte“, genauer gesagt für Staatsanleihen ausgeben.

Das sind über 1 Billion Euro zusätzliches Geld gegenüber einem Gesamtwirtschaftsprodukt der Euro-Länder von rund 9,5 Billionen. Die Geldmenge steigt um rund 12% des Werts des Gesamtproduktes, das selbst kaum verändert wird. Die logische Folge nach alter Lehrbuch-Weisheit wäre eine galoppierende Inflation.

Eine solche Inflation wird in der Tat mit Sicherheit eintreten. Wenn auch zunächst nicht auf dem allgemeinen Warenmarkt, sondern auf einem speziellen: dem der Vermögenspreise.

Denn das Geld kommt weder beim Otto Normalverbraucher an, der in der Regel kein größeres Aktiendepot aufzuweisen hat, noch beim Otto Normalunternehmer, denn dem fehlt es ja nicht an billigem Geld, sondern an der Nachfrage nach seinen Produkten. Das zusätzliche

Geld fließt in den Finanzraum der Vermögenswerte. Es wird deren Preise weiter nach oben treiben, die Blasenbildung bei Wertpapieren und Grundstücken weiter anfeuern.

Ein besonders schwaches Gegenargument hat die EZB in die Auseinandersetzung um den Preisanstieg eingebracht. Die EZB erwerbe die Staatsanleihen erst dann, wenn sich bereits ein Marktpreis gebildet habe (keine Ankäufe am Primärmarkt). Dadurch sei sichergestellt, dass die EZB die Risikobewertung am Markt nicht verzerre. Das ist absurd, weil die Primärkäufer ihre Ankäufe nur tätigen, weil sie wissen, dass die EZB sie ihnen abkauft. Es dreht sich nicht einfach um eine Verlagerung der Vermögenswerte. Der entscheidende Punkt ist die Vergrößerung der Geldmenge für die Vermögensbestände durch die Zentralbank, die damit für das Aufblasen der Vermögenswerte sorgt. Was ist schlecht an der Erhöhung der Vermögenspreise? Zunächst wird auch das allgemeine Preisniveau davon inflationär beeinflusst, weil die Vermögenden ihren Reichtumszuwachs mit mehr Nachfrage nach Luxusgütern zur Geltung bringen. Die Luxusnachfrage zieht die Preise auf den meisten Sektoren mit nach oben, vom Tourismus über Fahrzeuge bis zur medizinischen Versorgung. In einem Bereich wird der Preisauftrieb auch für die Massennachfrage relevant: bei den Mieten. Denn der Vermögenswert Häuser/Grundstücke wird hochgetrieben und über die Mieten höher verzinst.

Sodann wird das zentrale Problem des neoliberalen Kapitalismus zugespitzt, nämlich das der wachsenden Ungleichheit der Vermögen und Einkommen. In Deutschland hat der Gesamtwert der Privatvermögen (schuldenfreie Immobilien-, Geld- und gewerbliche Vermögen) 2010 das Vierfache des Bruttoinlandsproduktes ausgemacht. Bei einer mageren Kapitalrendite von 10% müssten schon 40 % des

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 12. Mai, 20:00 Uhr

Jahreshauptversammlung der DKP Göttingen (vgl. Anzeige Göttinger Blätter, April-Ausgabe)

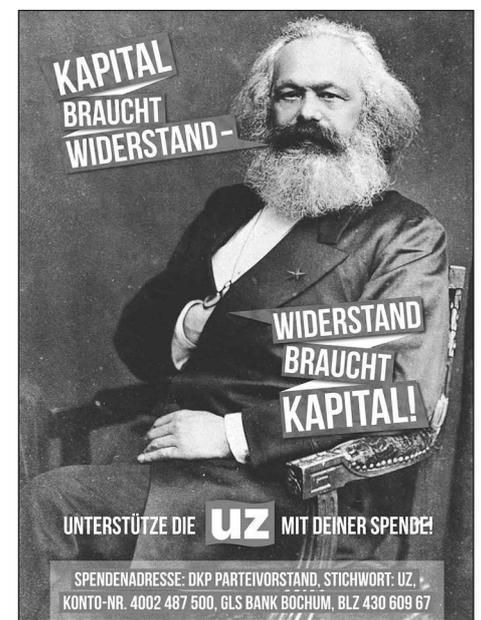
Dienstag, 26. Mai, 20:00 Uhr

Thema: Cuba – USA aktuell

jährlichen Volkseinkommens an die Vermögenden abgeführt werden, bevor der erste Cent für den Rest der Bevölkerung und für staatliche Aufgaben ausgegeben werden könnte. Schon heute fließen in den reichen Ländern 25 – 31 % des Volkseinkommens an die Kapital-einkommensbezieher. Dieser Anteil würde sich nach den Berechnungen von Thomas Piketty bis 2030 etwa verdoppeln.

Die galoppierende Ungleichheit ist das Haupthindernis jeder sozialen, fortschrittlichen Politik. Sie wird nicht zu ändern sein durch Appelle an die, die von der Ungleichheit profitieren. Nur durch die Aktion derer, die darunter leiden.

Quelle: *isw München, Conrad Schuhler 22. März 2015*



Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Göttinger Linke beschließt Wahlantritt

Mit großer Mehrheit hat die WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke auf ihrer Mitgliederversammlung am Montag, den 13. April ihren Antritt im Gebiet der Stadt Göttingen im Rahmen der Kommunalwahlen 2016 beschlossen. Vorausgegangen waren gleichgerichtete Beschlüsse der Mitgliedsorganisationen DIE LINKE. (Ortsverband Göttingen), Deutsche Kommunistische Partei und Groner Antifaschistische Liste sowie entsprechende Bekundungen von parteilosen Einzelmitgliedern. Der Wahlantritt des Bündnisses sei nun endgültig und unumkehrbar, freute sich der Sprecher der WählerInnengemeinschaft Dr. Peter Strathmann.

Auf der Mitgliederversammlung wurde auch der SprecherInnenkreis neu gewählt; er besteht nun aus Gerd Nier und Dr. Peter Strathmann (beide DIE LINKE), Gunnar Siebecke (DKP) und Thomas Bahrs (GRAL) sowie den Parteilosen Marianne Mogk und Christian Schüler. Gunnar Siebecke wurde auf dem Posten des Schatzmeisters bestätigt. „Die Neuwahl des SprecherInnenkreises zu diesem Zeitpunkt sichert die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit der WählerInnengemeinschaft bis zu den Kommunalwahlen im Herbst 2016.“ So der neugewählte Sprecher Gerd Nier im Anschluss
WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke (SprecherInnenkreis)

► Mitteilungen des SprecherInnenkreises:

**Zeitschiene zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2016 (Stadt Göttingen)
(Herbst 2016, vermutlich 2. Woche im September)**

Samstag, 10.10. 15 (oder Samstag 17.10.) Kommunalpolitische Konferenz

- Ratschlag mit Vertreter/innen von Initiativen, Organisationen, Experten/innen
- Struktur des Kommunalwahlprogramms (Themenbereiche)
- Bildung der Arbeitsgruppen, Festlegung einer/s Sprechers/in der jeweiligen Arbeitsgruppe, Abgabetermin (15. Januar),
- Festlegung einer Redaktions-/Koordinierungsgruppe

Herbstferien 19.10. - 31.10.,
Weihnachtsferien 23.12. - 06-01.

15.01. bis 20.02.16 Koordinierungsgruppe stellt Entwurf zusammen; Überarbeitung, ggf. Rücksprache mit Gruppen, ggf. alternativ abzustimmende Vorschläge

Beginn Februar

Bildung eines Wahlkampfteams

ab 22.02.16 Entwurf wird ins Internet gestellt, ggf. auch in begrenzter Stückzahl in Kopierform aufgelegt, Verbesserungs-, Ergänzungs- und Änderungsanträge können von den Mitgliedern

bis 07.03. via Email oder schriftlich an die Redaktionskommission eingereicht werden.

09.03. bis 17.03. Redaktionskommission arbeitet übernommene Vorschläge ein, bzw. bereitet sie als Anträge (mit Empfehlung) zur Abstimmung vor

18.03. Endversion des Entwurfs wird ins Netz gestellt.

Osterferien 18.03.- 02.04.

Samstag, 11.04.16 Mitgliederversammlung

- Beratung und Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms 2016;
- Formalien: Protokollführung, Wahl und Benennung von Vertrauensleuten,

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Bethé

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig
Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 20. Mai, 19.00 Uhr

Rathaus Raum 112

Thema: Werbung der Bundeswehr in den Schulen und auf der GöBit

Gäste: Initiative Schule ohne Bundeswehr

- Wahl zweier Vertreter für den Wahlausschuss,
- Aufstellung der Listen für die Wahlen zum Stadtrat (Wahlbereiche 1 – 5)
- Aufstellung der Listen für die Ortsratswahlen
- ggf. separat: Listenaufstellung für den Kreistag

2. Julihälfte

Einreichung der Listen zur Stadtratswahl und zu den Ortsratswahlen

Sommerferien 23.06. - 03.08.

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Im Mai findet keine Kreismitgliederversammlung statt!

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Mo. 11. Mai, 19.00 Uhr, Rotes Zentrum

Schwerpunktthema: Geschichte des 1. Mai in Göttingen, Referent: Jo Bons

OV Hann Münden Jahreshauptversammlung (Wahl der Sprecher_innen)

Donnerstag, 28. Mai 2015 um 19.00 Uhr in der Gaststätte zum Onkel Paul, Siebenturmstr. 9, Hann. Münden

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Begrüßung, Wahl der Versammlungsleitung, Genehmigung der Tagesordnung
2. Rechenschaftsbericht des OV SprecherInnenrates
3. Entlastung des SprecherInnenrates
4. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
5. Wahl des SprecherInnenrates des OV Hann. Münden
6. Verschiedenes
7. Termine

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mögliche Termine bei Uli Maschke (Adressenspalte) erfragen.

OV Rosdorf Mitgliederversammlungen:

Termine für Mai bei Stine Rummel (Adressenspalte) erfragen.

Treffen der Linksjugend solid

Jeder **Mittwoch ab 18 Uhr** im Roten Zentrum

Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds./ Rosa-Luxemburg-Club GÖ

Veranstaltungsreihe zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung wird durch das Göttinger Bündnis 8. Mai 1945 eine Veranstaltungsreihe durchgeführt. **An folgenden Veranstaltungen beteiligen sich auch die RLS Nds und der RLC GÖ:**

Sonntag 10.05.2015, 19:00 Uhr im Bistro Löwenstein (Rote Straße 26)

Konzert: „Wölfe mitten im Mai“

Liederabend gegen den Rechtsruck in Europa mit Kai Degenhardt

Weitere Veranstalter: Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), ver.di, Jdische Kultusgemeinde, Jüdisches Lehrhaus, Bistro Löwenstein

Kartenvorverkauf (5,00 EUR pro Karte): Bistro Lwenstein (Rote Strae 26)

Mittwoch 13.05.2015, 20:00 Uhr im Kino Lumiere, Geismar Landstr. 19, Göttingen

Dokumentarfilm: „No Pasaran – Eine Geschichte von Menschen, die gegen den Faschismus gekämpft haben“

mit anschließendem Gespräch mit dem Regisseur Daniel Burkholz

Weiterer Veranstalter: Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), Kino Lumiere

Weitere Informationen zur Reihe findet Ihr auf Seite 2 (VVN-Seite)

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,
Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow

Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann

ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973

oder 0551-40137061

E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800

Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

► EU-Armee – kein Beitrag für den Frieden

von Sabine Lösing

Immer wieder wurde in den vergangenen anderthalb Jahren die Forderung nach einer europäischen Armee von prominenter Seite in die Debatte eingespeist. Zuletzt meldete sich in dieser Hinsicht EU-Kommissionspräsident Juncker zu Wort, der mit der Schaffung einer EU-Armee vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise ein klares Signal in Richtung Russland senden wollte, „dass wir es ernst meinen mit der Verteidigung der Werte der Europäischen Union“. Zuspruch erhielt er dabei von deutscher Seite. So erklärte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Norbert Röttgen, eine gemeinsame Armee sei „eine europäische Vision, deren Zeit gekommen ist“. Ohnehin setzt die deutsche Regierung unter dem Motto „mehr Verantwortung“ verstärkt auf den Einsatz militärischer Gewalt zur Konfliktlösung. Um dies zu ermöglichen, ist auch aus Sicht von Verteidigungsministerin von der Leyen perspektivisch der Aufbau einer europäischen Armee unumgänglich. Zustimmung kam auch von den Grünen, deren Parteichef Özdemir sich vor allem aus Kostengründen für den Aufbau einer EU-Armee aussprach. Gegen diese vorherrschende Sichtweise lassen sich aus meiner Sicht mindestens drei Einwände formulieren.

Erstens stellt sich die Frage, ob die Europäische Union wirklich Interventionstruppen benötigt, um in Konflikte einzugreifen, für die sie – etwa über ihre Wirtschaftspolitik oder durch massive Rüstungsexporte – eine erhebliche Mitverantwortung trägt. Da ersichtlich keine Bereitschaft existiert, diese konfliktverschärfenden Praktiken zu beenden, hat es für mich stark den Anschein, als zielten diese Militäreinsätze vor allem darauf ab, bestehende Ungerechtigkeiten im gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem aufrechtzuerhalten und geostrategische Interessen/Machtinteressen durchzusetzen. Als Reparaturbetrieb für eine verfehlte Außenpolitik sind Militäreinsätze aber ein gänzlich ungeeignetes Mittel, zumal sie keineswegs geeignet sind, Konflikte zu „lösen“, wie etwa der Libyen-Krieg untermauert hat.

Zweitens soll die gemeinsame Beschaffung und Nutzung von Militärgerät („Pooling & Sharing“) als wichtiger Zwischenschritt in Richtung einer EU-Armee die Kapazitäten erhöhen, um künftig „besser“ für Auslandsinterventionen gerüstet zu sein. Es geht also nicht darum, Gelder einzusparen, um sie etwa in den Sozialbereich umleiten zu können, die Devise lautet vielmehr „More Bang for the Buck!“ Dies wird auch von Claude-France Arnould, der Chefin der EU-Verteidigungsagentur, bestätigt: „Pooling & Sharing kann keine Ausrede sein, weniger zu investieren; vielmehr eröffnet es einen Weg, zusammen Fähigkeiten anzuschaffen, die einzeln unerreichbar wären und bei der Anwendung dieser Kapazitäten mehr Effektivität zu erreichen.“ Ob sich die erhofften Effizienzsteigerungen überhaupt realisieren lassen, ist allerdings angesichts der bisherigen Erfahrungen mit europäischen Kooperationsprojekten eher fraglich. Doch selbst wenn dies der Fall sein sollte, würde ein schlagkräftigerer Militärapparat zu einer weiteren Marginalisierung alternativer ziviler Konfliktlösungsstrategien führen und der ohnehin beobachtbaren Tendenz, militärische „Lösungen“ zu suchen, weiter Vorschub leisten – wer über den Hammer verfügt, für den sind bekanntlich alle Probleme Nägel.

Dies wiegt drittens umso schwerer, weil sich die heute bereits faktisch kaum existierende demokratische Kontrolle der so genannten „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) durch die Europäisierung der Militärpolitik noch weiter verschlechtern dürfte. Dies betrifft vor allem die Aushöhlung nationaler Kontrollbefugnisse – gerade mit Blick auf Deutschland wird etwa verstärkt gefordert, die Nutzung von „gemeinsamem“ Militärgerät für Auslandseinsätze dürfe nicht durch ein ablehnendes Votum des Bundestages verhindert werden. Deshalb forderten etwa die CDU-Verteidigungsexperten Andreas Schockenhoff und Roderich Kiesewetter: „Eine wirkungsvolle GSVP wird die militärischen Fähigkeiten

**Europabüro
Göttingen**

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

Mitarbeiter: Fritz Hellmer
Mo-Fr: 10.00-15.30 Uhr

der einzelnen Staaten in so starkem Maße zusammenlegen und unter geteilter Führung stellen, dass es nicht möglich sein wird, nationale Vorbehalte als Einzelmeinung durchzusetzen. [...] Dieser Souveränitätsverzicht betrifft gerade den Bundestag mit seiner im europäischen Vergleich eher starken Mitspracherolle und müsste sich in einer Reform des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr niederschlagen.“

Dieser drohende Abbau nationalstaatlicher Kontrollbefugnisse soll aber in keiner Weise durch die Aufwertung des Europäischen Parlaments aufgefangen werden. Gemäß Artikel 36 des EU-Vertrags wird das EP „gehört“ und „unterrichtet“, zu entscheiden hat es, ebenso wie der Europäische Gerichtshof (Artikel 275 AEUV), aber nichts. Auch die vor nicht allzu langer Zeit ins Leben gerufene „Interparlamentarische Versammlung“ ist leider nicht mehr als ein Feigenblatt. Die Gewaltenteilung ist in der Frage der EU-Militärpolitik somit faktisch aufgehoben – und dies wird auch so bleiben.

Ohnehin ist es irreführend von einer EU-Armee zu sprechen, die es realistisch betrachtet wohl niemals geben wird. Es ist schlicht nicht vorstellbar, dass die Staats- und Regierungschefs der großen Mitgliedsländer im hochsensiblen Militärbereich umfassend Kompetenzen abtreten werden – im Gegenteil. Das Spiel über die EU-Bande gibt ihnen vielmehr die Möglichkeit, in Militärfragen möglichst viel „Beinfreiheit“ zu erhalten und weitgehend abseits jeglicher demokratischer Kontrollmechanismen agieren zu können. Einen Kuhhandel der Marke „tausche Demokratie gegen Effizienz“ darf es in der entscheidenden Frage von Krieg und Frieden jedoch niemals geben und auch der Verweis auf vermeintliche Sparzwänge ist absolut irreführend. Wer wirklich sparen möchte, hat eine klare Alternative: er rüstet ab!

GROBIAN Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags im Deutsch-Türkischen Verein, Jonaplatz 4



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Gedenkfeier in Göttingen/Grone zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Knapp 20 Bürgerinnen und Bürger aus Grone und Göttingen gedachten am 8. April der Befreiung des damaligen Dorfes und der Stadt vom Faschismus. An diesem Tag vor 70 Jahren erreichte die 2. Infanterie Division der US-Armee vom Süd-Westen kommend das Stadtgebiet Göttingens und veranlasste Reste von Wehrmacht und Naziverwaltung zur Flucht.

Dieses Datum nahmen die Grobiane zum Anlass, zu einer Gedenkfeier am Bunker im Langen Reekesweg in Grone einzuladen. Mit weißen Fahnen wurden dort die Befreier symbolisch begrüßt.

„Wie Zeitzeugen berichten, hatten viele Einwohner Grones weiße Fahnen gehisst, um deutlich zu machen, dass der Ort kampfflos den einrückenden Truppen übergeben werden sollte.“ sagte Peter Dürbeck (VVN-BdA) auf der Feier. Und weiter: „Die Groner Einwohner wollten nicht dem Gauleiter der NSDAP für Hanno-

ver/ Südniedersachsen/ Braunschweig, Lauterbacher, folgen. Dieser hatte noch wenige Tage vorher in einem Aufruf unter dem Titel: „Lieber Tod als Sklave“ die Bevölkerung aufgefordert, bis zum letzten Blutropfen zu kämpfen.“ ...



„In der Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit Südniedersachsen 1939- 1945“, die ab 17. April in der BBSII erneut zu sehen ist, wird sichtbar,

was in Göttingen und Umgebung mit Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern geschehen ist. Unter anderem waren viele Zwangsarbeiter bei der Reichbahn und beim Flughafen eingesetzt.

Auf dem Egelsberg befand sich ein Zwangsarbeitslager; ebenso am Maschmühlenweg/ Schützenplatz.

Für diese Menschen bedeutete der 8. April 1945 die Befreiung vom faschistischen Regime und auch die Lebensrettung. Aber auch für viele Einheimische war es der Tag der Befreiung von der Naziverfolgung.“ ...

„Es hat lange gedauert bis in der Bundesrepublik von einem Tag der Befreiung gesprochen wurde.

Erst mit der Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker anlässlich des 8. Mai 1985 rückte dieser Tag als Tag der Befreiung stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein unseres Landes.“...

Winterkino Grone erfolgreich gestartet.

► 160 BesucherInnen an drei Filmabenden!

Am Anfang war die Idee, das kulturelle Leben in Grone mit einem Angebot zu bereichern, vergleichbar mit dem „Sommerkino Grone“ aus den Jahren 2003 bis 2007.

In Rosdorf hatten die FilmFreundeGrone eine nachahmenswerte Veranstaltungsreihe kennen gelernt: Das Winterkino – je einen Abend in den Monaten Oktober bis März, an dem es nicht nur einen Film gibt, sondern auch die Möglichkeit sich vorher und nachher bei einem Glas Wein oder Sekt und einem Imbiss zu unterhalten.

Nachdem die Groner Bürgerinitiative Antifaschismus und die Bürgerinitiative

Grone Süd zu einem Pilotprojekt verständigt hatten, traten diese auf die Jona-Gemeinde zu, da es im Gemeindehaus geeignete (und geheizte) Räumlichkeiten gibt.

Zu dritt starteten sie sie nun als „FilmFreundeGrone“ das Pilotprojekt in Grone: Im Januar, Februar und März wollten sie je einen Film in der Jona-Gemeinde zeigen, der das Thema „Freundschaften“ behandelte. Und wenn's gut läuft – so die Überlegungen – wird der Winter 2015 / 16 vorbereitet.

Schon bei der Planung kamen positive Signale aus dem Ortsrat Grone, der dann auch 200 Euro Zuschuss bewilligte.

Und nachdem der Fond „Aktiv für Grone“ weitere 100 Euro gab, war der Finanzplan fast „rund“.

Im Januar, beim ersten Abend, war die Spannung groß, wie viele BesucherInnen kommen würden. Es waren auf Anhieb 45 !, so dass im Februar und im März ein größerer Raum genutzt werden musste: Rund 75 und noch einmal 60 BesucherInnen kamen dann zu den Terminen im Februar und März – auch Dank der Ankündigung im Mitteilungsblatt der Jona und St. Petri-Gemeinde.

Die FilmFreundeGrone waren begeistert und beschlossen schon einmal, alles für den Winter 2015/16 vorbereiten zu wollen. Weitere Mitveranstalterinnen sind herzlich willkommen, sie können sich melden bei tom-oesterreich@web.de- (gs)

Pressemitteilung vom 09.04.2015 – Sahra Wagenknecht:

▶ Dialog mit Russland ist im europäischen Interesse

„Der Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Tsipras in Moskau sollte Anlass sein, auch die deutsche und europäische Politik gegenüber Russland zu überprüfen und wieder eine Ostpolitik zu entwickeln, die auf Dialog statt auf Konfrontation setzt. Statt gemeinsam mit den USA eine massive Aufrüstung der Ukraine zu finanzieren, sollte die Bundesregierung lieber dafür sorgen, dass die Gespräche im NATO-Russland-Rat

wieder aufgenommen und die Sanktionen gegenüber Russland aufgehoben werden. Ein sensibler Umgang mit der deutschen Geschichte würde außerdem beinhalten, dass Kanzlerin Merkel an der offiziellen Feier anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus in Moskau teilnimmt und sich einer Debatte über Entschädigungen für Nazi-Verbrechen nicht länger verweigert“, erklärt Sahra Wagenknecht anlässlich des Staatsbe-

suches von Alexis Tsipras in Moskau. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Die Drohgebärden deutscher Politiker gegenüber Athen sind nicht nur peinlich, sondern auch gefährlich. Wer ein gemeinsames Europa will, muss die europäischen Nachbarländer mit Respekt behandeln und deren Souveränität achten. Stattdessen wird Griechenland seit Jahren wie eine Schuldenkolonie behandelt und gedemütigt. Es hat seine Gründe, dass laut Umfragen nur noch 23 Prozent der Griechen positive Gefühle für die EU hegen, wohingegen 63 Prozent Russland wohlgesonnen sind. Wer Europa zusammenhalten will, der muss demokratische Wahlergebnisse akzeptieren, das brutale Verarmungsprogramm der Troika endlich beenden und der griechischen Regierung die Chance geben, das Land ökonomisch wieder aufzubauen.

▶ Neuer Vorstand des KV Hannover

Am 11. April wurde in Hannover ein neuer Kreisvorstand gewählt. Die bisherigen Kreisvorsitzenden, die frühere Landesgeschäftsführerin Maren Kaminski und die Stadträtin Gunda Pollok-Jabbi waren nicht mehr angetreten. Als neue Vorsitzende gewählt worden die 25jährige Jessica Kaußen und der 20jährige Johannes Drücker. Vor allem die Wahl von Johannes Drücker ist aufgrund von israelkritischen Äußerungen umstritten.

Matthias Pander wurde als Schatzmeister und Sabine Daniels als stellvertretende Schatzmeisterin gewählt. Die

weiteren Vorstandsmitglieder sind Brigitte Falke, Christine Gross, Parvaneh Bokah, Sara Jane Priß, Nora von Sobbe, Jan de Vries, Rüdiger Hergt, Rainer Butenschön, Heiko Weichert und Oliver Klauke.

Die überwiegende Mehrzahl der gewählten Vorstandsmitglieder hatte in einem gemeinsamen Aufruf „Für einen kooperativen Neubeginn“ geworben. Als Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit wurden die Kampagne gegen prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und der Kampf gegen die Schließung

von Krankenhäusern, die Anti-Kriegs-Politik sowie die Jugend- und Bildungspolitik benannt. Dabei möchte der neue Kreisvorstand eine „kämpferische Gewerkschaftspolitik“ unterstützen, in diesem Zusammenhang wurde auch die Verkürzung der Arbeitszeit als wichtige Forderung benannt.

Personell sieht sich der Vorstand als Mischung aus „junger Spitze und erfahrener Vorstandsbasis“.

Auch wird damit geworben, den KV aus seiner Spaltung herauszuführen, dabei hatten die beiden Vorsitzenden für sich auch mit dem Argument geworben, von den bisherigen Konflikten unbelastet zu sein.

▶ Kreistagsfraktion stellt Antrag gegen die Teilnahme der Bundeswehr auf der GöBit

DIE LINKE im Kreistag hat zur nächsten Kreistagssitzung am 29. April beantragt, dass der Landkreis alle Möglichkeiten ausschöpft, um eine Teilnahme der Bundeswehr an der Berufsbildungsmesse GöBit in der (in Trägerschaft des Landkreises befindlichen) Berufsschule II zu verhindern.

Die Problematik wurde in der letzten Ausgabe der GöBlä, S.12 ausführlich dargestellt. Ergänzend zu schreiben ist, dass von dieser Werbung der Bundeswehr sind vor allem Minderjährige betroffen sind. Vor dem Hintergrund dass die UN-Kinderrechtskonvention, diese unter besonderen Schutz vor einer Rekrutierung

als Freiwillige zu den Streitkräften stellt, ist dies besonders skandalös.

Es ist im Kreistag üblich, Anträge an den Kreistag, in die Fachausschüsse zu überweisen. Voraussichtlich wird dann der Antrag am 11. Juni im Schulausschuss und abschließend am 1. Juli im Kreistag beraten.

Beim nächsten Kommunalpolitischen Arbeitskreis am 20. Mai, um 19 Uhr im Neuen Rathuas, Raum 112 soll mit der Initiative Schule ohne Bundeswehr ausführlich darüber diskutiert werden, wie die Werbung der Bundeswehr prinzipiell aus den Schulen heraus gehalten werden kann und wie dann das Vorgehen der Fraktionen aussehen kann.

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

Konsequent LINKE Politik im Rat der Stadt Göttingen – kurze Bilanz der letzten zwölf Monate

Die GÖLINKE. Fraktion hält an der konsequent LINKEN politischen Linie im Rat fest.

Für die Verbesserung der Lebensverhältnisse, für eine Teilhabe ALLER am soziokulturellem Leben ohne Ausgrenzung

Sie mischt sich aktiv in die Auseinandersetzungen **für** die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, **für** eine andere Sozialpolitik, die die Bedarfe der Empfänger staatlicher Transferleistungen im Auge hat und sie nicht immer weiter ausgrenzt, **für** eine menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen, **für** eine sozialverträgliche Gestaltung des KuQua, die nicht zulasten der Soziokultur geht, **für** die Förderung des Breitensports, für eine sozialere Gestaltung von Elternbeiträgen in KITAs, **für** die Stärkung und die Schaffung weiterer integrierter Gesamtschulen, **für** internationale Solidarität, für den Ausbau soziokultureller Angebote, **für** bezahlbaren Wohnraum sowohl für Familien, Menschen mit geringem Einkommen und Studierenden **und vielem mehr** (leider haben wir nur diese Seite zur Verfügung).

Der rote Faden - Kommunalwahlprogramm 2011 – 2016 öffentlich wahrnehmbar machen

Mit unseren Anträgen, Anfragen und Pressemitteilungen konnten wir unsere Präsenz als Fraktion in der Öffentlichkeit und den Medien (GT, HNA, Sonntags- und Stadtteilblätter, Facebook und dem Stadtradio) deutlich ausbauen. Das führte dazu, dass wir in den letzten neun Monaten wieder vermehrt ins Gespräch mit außerparlamentarischen Gruppen gekommen sind. Gut ist dabei, dass wir bestehende Kontakte festigen und neue knüpfen konnten – dabei standen bisher Gruppen aus dem soziokulturellen und dem sozialen Bereich im Vordergrund. Wir griffen Anregungen auf und konnten Gruppen mit Informationen versorgen. Damit konnten wir bei Interesse kann bei uns auf elektronischem Wege ein kleiner Überblick über unsere Initiativen angefordert werden, der natürlich nur einen Ausschnitt bieten kann.

Gläsernes Rathaus und Transparenz

Unsere regelmäßigen (fast wöchentlichen) Fraktionssitzungen waren stets öffentlich und wurden von Außenstehenden (aus Initiativen, Verbänden und einzelnen Mitgliedern der LINKEN) zum Informationsaustausch genutzt. Leider wurden die bereits in 2011 (!) zugesagten Unterstützungen der Fachausschusssitzungen nur selten bis gar nicht eingehalten, was wir ausdrücklich bedauern! Für den ‚kommunalpolitischen ‚AK‘ haben wir stets einen Raum im Rathaus reserviert und themenbezogen mitgearbeitet und ggf. Inputs gegeben. Leider ging von diesem ‚AK‘ bisher keine Ratsinitiative oder Anfrage aus.

Abschließend möchten wir an dieser Stelle GenossInnen motivieren, sich stärker in kommunalpolitische Debatten einzumischen. Durch die Fraktion verfügen wir über eine Infrastruktur, die das Mitmachen leicht macht – wir freuen uns auf neue aktive MitstreiterInnen, denn Politik direkt am und mit Menschen macht Spaß!

Patrick Humke, Civar Akad, Torsten Wucherpfennig und Peter Johannsen

► Noch keine Entscheidung über Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Osterode

Linke lehnt privaten Betreiber ab und fordert zügige Inbetriebnahme in Landesregie

Der Aufbau einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Niedersachsen für Flüchtlinge in Osterode am Harz ist ungewiss. Dies meldeten am 16. April übereinstimmend GT und Goslarische Zeitung. Noch einen Monat zuvor, am 16. März, hatten etwa 800 BürgerInnen in der Osteroder Stadthalle den Eindruck, die Einrichtung in der ehemaligen Rommel-Kaserne sei im Grundsatz beschlossen und stehe kurz bevor.

In der Infoveranstaltung wurde allerdings deutlich, dass der Eigentümer und vom Innenministerium vorgesehene Generalunternehmer, die beim Amtsgericht Tostedt (Kreis Harburg) ins Handelsregister eingetragene Princess of Finkenwerder GmbH & Co.KG, weder Erfahrung noch Qualifikation für den Betrieb einer solchen Einrichtung besitzt. Geschäftsführer Wolfgang Koch gab an, sein Unternehmen vermarkte leerstehende Kasernengebäude für die Einlagerung von Akten und den Betrieb großer IT-Serverfarmen.

Alle bestehenden niedersächsischen Erstaufnahmestellen in Friedland, Braunschweig, Bramsche und Osnabrück werden vom Land selbst bzw. vom Diakonischen Werk betrieben.

Linke im Kreistag deckt Verflechtungen des Betreibers mit Söldneragentur auf

Bereits am 21. November 2014 wurde in der Lokalpresse ein Foto veröffentlicht, das Wolfgang Koch mit seinem Geschäftspartner Jan Karras vor der Kaserne zeigte. Frank Kosching, Abgeordneter der Linken im Osteroder Kreistag, recherchierte, dass Letzterer auf der Website Greenzone-consulting.de „weltweite Dienstleistungen“ zum Schutz von Personen oder Objekten anbietet. In der Rubrik „Objektschutz“ heißt es etwa: „Das Sicherheitspersonal

wird von uns überprüft, ausgebildet, ausgerüstet, eingesetzt und geführt. Die westlichen Einsatzleiter sind erfahrene ehemalige Angehörige westlicher Streitkräfte und Sicherheitsbehörden. Die internationalen Einsatzkräfte sind allesamt erfahrene ehemalige Militärangehörige. Es können bis zu ca. 600 internationale Einsatzkräfte bereitgestellt werden.“

NDR-Bericht sorgt für Wirbel

Über diese schräge Kombination aus Kasernenvermarkter und Söldneragentur veröffentlichte Redakteur Stefan Schölermann am 23. März im NDR einen Bericht, der Koschings Recherchen bestätigte. Unternehmer Wolfgang Koch wird im Beitrag mit der Einlassung wiedergegeben, „Jan Karras werde in Zukunft [...] als Dienstleister für die Sicherheit der Flüchtlingsunterkunft zuständig sein.“ Davon rückte Koch wenige Tage später wieder ab. Frank Kosching äußerte sich wie folgt: „Wer als Konfliktpartei in Krisen eingreift, produziert dort die Flüchtlinge, die später in Erstaufnahmestellen unterzubringen sind. Das ist zynisch. Der eigentliche Skandal besteht aber darin, dass die rot-grüne Landesregierung Flüchtlinge in die Obhut solcher Leute zu geben bereit ist.“ Ähnlich könnten dies auch die Grünen in der Landesregierung gesehen haben, denn dem Vernehmen nach waren sie nicht in die Überlegungen des MI zum Standort Osterode einbezogen worden. Der Fraktionvorsitzende der Grünen im Osteroder Kreistag, Raymond Rordorf, sah das gleichwohl anders. Er beklagte die „Vorverurteilung“ des vorgesehenen Betreibers.

Innenministerium rudert zurück

Dessen ungeachtet gab das Innenministerium nach einer Kabinettsklausur in Bad Pyrmont eine neue Sprachregelung aus: Sowohl der Standort Osterode als



Flüchtlinge willkommen heißen – Vorurteilen entgegnetreten

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

auch der Betreiber für die Erstaufnahmeeinrichtung seien völlig offen. Damit war ein neuer Sachstand gegeben.

Die Linke warnte nun, das Kind mit dem Bade auszuschütten: „Die Kaserne bietet hervorragende räumliche Voraussetzungen für eine menschenwürdige Unterbringung. Die Asylsuchenden sollen von einem seriösen Sicherheitsdienstleister geschützt werden“, forderte Frank Kosching in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 30. März mit den beiden Landesvorsitzenden seiner Partei. „Der Betrieb muss in Eigenregie des Landes oder durch einen Wohlfahrtsverband wie etwa die Diakonie organisiert werden“, ergänzten Anja Stoeck und Herbert Behrens.

Am 16. April verkündete Siegfried Pfister, Vertreter des Ersten Kreisrats beim Landkreis Osterode, auf Nachfrage von Frank Kosching, es seien in jedem Fall Bauanträge zum Umbau der Kasernengebäude beim Landkreis zu stellen. Diese seien nicht privilegiert, sondern nach Baurordnungsrecht zu behandeln wie Neubauten.

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich ab: Wie auch immer entschieden wird – im Sommer 2015 werden in der Rommelkaserne wohl keine Flüchtlinge aufgenommen werden, was sehr zu bedauern ist.

Frank Kosching
www.dielinke-kreistag-osterode.de
www.kosching.de

(...) Fortsetzung von Seite 3

der Sieg über die rassistische Armee in Cuito Cuanavale hat es möglich gemacht, dass ich heute hier bin.“

aus einer Rede Nelson Mandelas, 1991

Kubas Eintreten für die antikolonialen Bewegungen in Afrika

Die Solidarität Kubas mit afrikanischen Befreiungsbewegungen und erste Kontaktaufnahmen begannen schon früh nach dem Sieg der kubanischen Revolution von 1959. Als Ernesto ‚Che‘ Guevara am 11.12.1964 vor der UNO-Vollversammlung sprach, nutzte er dieses internationale Forum, um den Unabhängigkeitskampf der afrikanischen Völker zu unterstützen. Er verurteilte dort auch die bestialische Ermordung des ersten kongolesischen Präsidenten, Patrice Lumumba, durch belgische und US-amerikanische Geheimdienstleute. Als Repräsentant der kubanischen Regierung besuchte der Che eine Reihe afrikanischer Länder, die sich bereits aus dem kolonialen Joch befreit hatten. Nachdem Che Guevara seine Ämter auf Kuba niedergelegt hatte, begab er sich im Frühjahr 1965 mit einer Gruppe kubanischer Freiwilliger in die Kivu-Region im Osten des Kongo, um dort den Kampf gegen das neokoloniale Marionettenregime des Kongos zu unterstützen. Er musste jedoch feststellen, dass die Bedingungen für die Ausweitungen dieses Kampfes ungünstiger waren als angenommen und kehrte gegen Ende des Jahres nach Kuba zurück.

Südafrikas Griff nach Angola

1974 brach das marode portugiesische Kolonialregime unter dem Druck des jahrelangen Befreiungskrieges in seinen afrikanischen Kolonien zusammen. In Angola hatten drei (miteinander konkurrierende) Bewegungen gegen die portugiesischen Besatzer gekämpft, von denen die marxistische MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola, Volksbewegung für die Befreiung Angolas) die bedeutendste war. Das in aller Welt wegen seiner systematischen Rassendiskriminierung verachtete südafrikanische Apartheid-Re-

gime wurde von westlichen Regierungen, insb. auch der Bundesrepublik, nicht nur als Handelspartner geschätzt, sondern agierte auch als regionale Macht, um die weiße Vorherrschaft über die Völker des Kontinents und deren wirtschaftliche Ausplünderung abzusichern. Nachdem die Portugiesen Angola verlassen hatten, fielen südafrikanische Truppen ins Land ein, um die Bildung einer fortschrittlichen Volksregierung zu verhindern. Die militärtechnisch überlegenen Invasoren bewegten sich schnell auf die im Norden gelegene Hauptstadt Luanda zu. In dieser Notsituation erbat die MPLA Hilfe in Form militärischer Ausbilder von der kubanischen Regierung. Da die Lage sich jedoch schnell zuspitzte, entsandte Kuba in Absprache mit der MPLA in einer geheimgehaltenen Aktion Kampftruppen und panzerbrechende Waffen nach Luanda. Mit diesen Kräften konnte die südafrikanische Invasion gestoppt werden, die hochgerüsteten Agressoren mussten sich Schritt für Schritt bis März 1976 aus Angola zurückziehen. Kubanische Truppen blieben noch bis 1989 in Angola, wobei ausschließlich Freiwillige nach Afrika entsandt wurden. Insgesamt waren dort im Laufe von 14 Jahren ca. 400.000 kubanische Internationalisten stationiert, mehr als 2.000 ließen ihr Leben für die Unabhängigkeit des Landes. In dieser Periode kam es wiederholt zu südafrikanischen Einfällen, Teile im Süden des Landes waren sogar für längere Zeit vom rassistischen Südafrika besetzt.

Die Schlacht von Cuito Cuanavale

Als das südafrikanische Apartheid-Regime Ende der 1980er Jahre nach Jahren schwerster innerer Unruhen durch den Widerstand der unterdrückten schwarzen Bevölkerungsmehrheit seinem Ende entgegen ging, suchte die Rassisten-Regierung durch ein erneutes außenpolitisches Abenteuer Entlastung. Im Süden Angolas, bei der Stadt Cuito Cuanavale, waren große Teile der angolanischen Armee in Bedrängnis geraten, und die Stadt drohte Anfang 1988 in die Hände der Südafrikaner zu fallen. In dieser Situation brachte Kuba seine besten Truppen, Kampfflugzeuge, Panzer und Raketenbatterien ein. Das Ziel der kubanischen Führung war es diesmal, nicht nur Cuito Cuanavale vor dem Fall zu bewahren, sondern die südafrikanische Agression ein für allemal zu beenden, den Angriff zu parieren und in anderer Richtung anzugreifen. Mehrfache südafrikanische Angriffe auf Cuito Cuanavale wurden abgewehrt, wobei die Angreifer schwere Verluste erlitten.



Starke kubanische Verbände stießen im Gegenzug im Südosten des Landes auf die Grenze des (von Südafrika völkerrechtswidrig besetzten) Namibia vor. Ein in Rekordtempo ca. 150 km südlich der eigenen Verteidigungspositionen errichtetes Flugfeld ermöglichte es den kubanischen Piloten, ihren Aktionsradius gegen militärische Ziele bis ins nördliche Namibia vorzuschieben. Die Luftüberlegenheit der Kubaner und der massive Vorstoß ihrer Bodentruppen führten bis Ende August 1988 zum völligen Rückzug der Südafrikaner aus Angola. Diese Entwicklung gab der Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika weiteren Auftrieb und schwächte die Verhandlungsposition Südafrikas bei den internationalen Verhandlungen über ein Abkommen zur Lage im südlichen Afrika entscheidend. Das am 22. Dezember 1988 in New York unterzeichnete Abkommen ermöglichte die Unabhängigkeit Namibias und damit die Rückkehr der kubanischen Truppen in ihre Heimat. Anfang 1990 wurde Nelson Mandela, der Führer der schwarzen Bevölkerungsmehrheit Südafrikas, aus seiner jahrzehntelangen Haft entlassen. Bei einem Besuch in Kuba unterstrich er am 26. Juli 1991 auf einer Massenversammlung vor zehntausenden von Menschen in Matanzas die fundamentale Bedeutung der südafrikanischen Niederlage bei Cuito Cuanavale für den Zusammenbruch des Apartheid-Systems.

(...) Fortsetzung von Seite 1

Wesen zu sein, das bei Laune gehalten werden muss. Wer rettet also wen? Die Reichen die Armen? Die Troika die europäischen Staaten? Die Politiker den Euro? Die Rettungsschirme Europa? Oder die Steuerzahler die Banken?

Nach „Water makes money“ und „Bahn unter dem Hammer“ wirft auch der neue Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz einen Blick von unten auf die Probleme, die uns alle angehen. Experten und Betroffene in Griechenland, Spanien, Irland, USA, Deutschland und Island sprechen über Krisen, Gründe und mögliche Alternativen.

